

II-391 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

8.2.1967

181/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. S c r i n z i , P e t e r, Dr. v a n T o n g e l
und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend die Haltung der Bundesregierung in der Südtirol-Frage.

-.--.-

In der Fragestunde des Nationalrates vom 8.2.1967 hat der Herr Bundeskanzler auf eine mündliche Anfrage des freiheitlichen Abgeordneten Dr. Scrinzi zum gegenwärtigen Kurs der Südtirol-Politik der Bundesregierung Zeitungsmeldungen als irrig bezeichnet, wonach die Bundesregierung bereit sei, auf eine internationale Verankerung des angestrebten Südtirol-Abkommens zu verzichten und der italienischen Minderheit im Südtiroler Landtag ein Vetorecht einzuräumen. Auch aus der Beantwortung der beiden Zusatzfragen ging nicht hervor, welche Haltung die Bundesregierung in den Fragen der internationalen Verankerung und des italienischen Wunsches nach einem Vetorecht einnimmt. - Der Herr Bundeskanzler hat lediglich davon gesprochen, daß die Regierung "zu der internationalen Verankerung ihre weiteren Untersuchungen fortsetzen" werde. Diese Feststellung, die einen Kurswechsel der Bundesregierung in ihrer Südtirol-Politik ermöglichen könnte, ist umso verwunderlicher, als bisher auch die Bundesregierung an der internationalen Verankerung als einer unbedingten Voraussetzung für den Abschluß eines bilateralen Abkommens festgehalten hat.

Die Befürchtungen der freiheitlichen Abgeordneten, daß, ähnlich wie beim Gruber-DeGasperi-Abkommen vom September 1946, auch diesmal wieder die Volksvertretung von der rechtzeitigen Beratung und von der Beschlußfassung ausgeschlossen bleibt, erhalten durch die vom Herrn Bundeskanzler am 8.2.1967 im Nationalrat abgegebenen Erklärungen neue Nahrung. Besonders befremdend ist es daher, daß die von der freiheitlichen Opposition im Nationalrat wiederholt geforderte eingehende Südtirol-Debatte bisher nicht stattgefunden hat.

Obwohl die unterzeichneten Abgeordneten mit Genugtuung die Feststellung des Herrn Bundeskanzlers, daß die Volksvertretung über die zu erwartende Note der italienischen Regierung zum sogenannten "Paket" informiert werden soll, zur Kenntnis nehmen, stellen sie fest, daß die Behauptung des Herrn Bundeskanzlers, der Nationalrat und der Außenpolitische Ausschuß hätten über den Stand und die Entwicklung der Südtirol-Verhandlungen bisher präzise Mit-

181/J

- 2 -

teilungen erhalten, nicht den Tatsachen entspricht. Solche präzise Mitteilungen fehlen sowohl über den Inhalt des "Paketes" als auch hinsichtlich des bisherigen Verhandlungsergebnisses in der Frage der internationalen Verankerung.

Die unterzeichneten Abgeordneten sehen sich daher neuerlich veranlaßt, an den Herrn Bundeskanzler die folgende

A n f r a g e

zu richten:

- 1) Ist die Bundesregierung bereit, die internationale Absicherung des Abkommens mit Italien als dessen integrierenden Bestandteil zu fordern und der Volksvertretung das Verhandlungsergebnis vor der Unterzeichnung eines solchen Abkommens zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen?
- 2) Ist die Bundesregierung bereit, den Inhalt des ausgehandelten "Paketes" dem Nationalrat zur Beratung vorzulegen?
- 3) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der maßgeblichen österreichischen Völkerrechtsexperten, daß die Durchführung des Südtirol-Abkommens im Rahmen des bisher von Italien nicht erfüllten Gruber-De Gasperi-Abkommens vorzunehmen ist?
- 4) Ist die Bundesregierung bereit, schon heute vor der Volksvertretung verbindlich festzustellen, daß sie eine Streitbeendigungserklärung nur nach vorherigem Einvernehmen mit dem Nationalrat abgeben wird und daß der Streitfall Südtirol bis zu dieser Erklärung bei der UNO anhängig bleibt?

-.--.-.-